



WEGWARTE



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Einladung zum Informationsabend Was würde die EU-Verfassung für jeden Einzelnen bedeuten?

Der EU-Verfassungsvertrag umfaßt **über 400 (!) Seiten**, die uns alle betreffen werden, sollte er tatsächlich in Kraft treten. Hätten nicht die Bürger **Frankreichs** und der **Niederlande** bei Volksabstimmungen darüber mit deutlichen Mehrheiten dagegen gestimmt, wäre die EU-Verfassung schon gültig und rechtsverbindlich! Denn in den meisten EU-Staaten, darunter auch Österreich, wurde dieser umfangreiche, die Bürger bindende Vertrag von den Parlamenten ratifiziert (beschlossen), ohne die jeweiligen Staatsvölker vorher auch nur einigermaßen über die Inhalte zu informieren.

Auch in Deutschland wurde die EU-Verfassung nur vom Parlament ("Bundestag") ratifiziert. Allerdings haben dort **zwei** mutige Menschen den kritiklosen Ja-Sagern einen Strich durch die Rechnung gemacht: der CSU-Bundestagsabgeordnete Gauweiler und der unabhängige Staatsrechtler SCHACHTSCHNEIDER. Dieser hat im Auftrag von Gauweiler eine fundierte BESCHWERDE gegen den EU-Verfassungsvertrag beim deutschen Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Ergebnis: das Bundesverfassungsgericht hat dem deutschen Bundespräsidenten **untersagt**, die Zustimmung des deutschen Parlaments zur EU-Verfassung zu unterschreiben und damit rechtskräftig zu machen!

Die ARGUMENTE dafür von Prof. Schachtschneider, die für Österreich genauso gültig sind, können Sie bei nebenstehenden Terminen persönlich kennenlernen. Mehr über ihn auf Seite 2 dieser WEGWARTE. Die EU-Verfassung ist noch lange nicht (und hoffentlich nie!) "gelaufen"!

Zu diesem Thema spricht
Univ. Prof. Dr. Karl Albrecht
SCHACHTSCHNEIDER

Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Universität Erlangen bei Nürnberg

in **SALZBURG**

am **Dienstag, 27. März 2007, um 19 Uhr**
im **Bildungshaus "St. Virgil"**

Salzburg-Aigen, Ernst-Grein-Str. 14 (Bus-Linie 7, ca. 30 Minuten vom Hauptbahnhof, Autobahnabfahrt "Salzburg-Nord" aus Oberösterreich bzw. "Salzbug-Süd" von Kärnten her)

in **WIEN**

am **Mittwoch, 28. März 2007, um 19.30 Uhr**
im **Universitäts-Campus** (Gelände des alten AKH)

Hörsaal D, Hof 10, Eingang Spitalgasse 4 (Linien 5, 33, 43, 44)

Bei beiden Veranstaltungen:
Diskussionsleitung: **Inge Rauscher, Obfrau der IHU**

Eintritt: freie Spende

Imbißmöglichkeit vor und nach der Veranstaltung
in Salzburg im Café des Bildungshauses
in Wien in Lokalen unmittelbar neben dem Hörsaal

**VERPFLICHTUNG österr. Soldaten zum Auslandseinsatz
im SPÖ/ÖVP- Regierungsprogramm** Seite 2-3

Nordeuropa kurz vorm atomaren Super-GAU Seite 3

**Bei der Gentechnik gibt es keine
Kompromisse!** Seite 4-6

EU-Austritts-Aktionswoche in Vorarlberg Seite 6

25 Jahre "Harmonia Classica" Seite 7



Karl Albrecht Schachtschneider, einer der profiliertesten Staatsrechtler in ganz Europa, führte mehrere Verfassungsbeschwerden gegen EU-Verträge: 1992 gegen den Maastricht-Vertrag, 1998 gegen die Einführung des Euro, 2005 gegen die EU-Verfassung. 1994 brachte er im Auftrag von Univ. Prof. Erwin BADER eine umfangreich begründete **Anfechtung** der österreichischen EU-Volksabstimmung beim Europäischen Gerichtshof ein; 2001 vertrat er die Position der Überparteilichen AKTION EU-AUS-TRITT bei der Experten-Anhörung im österr. Parlament im Zuge der Behandlung des **Volksbegehrens** für die Neuausragung der EU-Volksabstimmung.

Geboren 1940 in Pommern, studierte Schachtschneider Rechtswissenschaften in Berlin, Bonn und Tübingen. Noch während seiner Rechtsanwaltschaftigkeit von 1969-1980 lehrte er von 1972-1978 als Professor für **Wirtschaftsrecht** an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin. Anschließend war er bis 1989 Rechtsprofessor an der Hamburger Universität. Seit 1989 war Schachtschneider Ordinarius für Öffentliches Recht an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg.

Er ist Autor zahlreicher Bücher und Schriften, u.a. des im Rohwolt-Verlag erschienenen Taschenbuches "Die Euro-Illusion" (ISBN: 3 4 99 23085 2), und setzt sich seit Jahren **kritisch** mit der **Globalisierung** und ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen auseinander.

SPÖ/ÖVP Regierungsprogramm: Österreichs Soldaten werden zu Auslandseinsätzen verpflichtet!

Das bedeutet einen weiteren schwerwiegenden Schritt hin zur völligen **Preisgabe der Landesverteidigung und der Neutralität** Österreichs. Warum haben die Massenmedien ORF und Zeitungen darüber so gut wie nichts berichtet??? Dabei ist gerade dieser auf Seite 20 des Regierungsprogramms (Koalitionsabkommen) enthaltene Punkt von enormer Tragweite für viele junge Österreicher und deren Familien. Unter Punkt III. des Regierungsprogramms steht nämlich wörtlich folgendes:

III. Internationalität des Österreichischen Bundesheeres.

Modifikation der Freiwilligkeit für den Auslandseinsatz. Gem. den Empfehlungen der Bundesheerreformkommission ist in der Bundesverfassung Vorsorge zu treffen, daß künftig eintretende befristete und unbefristete **Berufssoldaten** und -soldatinnen **zu Auslandseinsätzen verpflichtet** sind. Zeitlich befristete Befreiungen aus sozialen Gründen sollen dabei möglich sein. Für bereits im Dienststand befindliches Kaderpersonal sollte in Weiterentwicklung des Anreizsystems für Kräfte für Internationale Operationen (KIOP)/ Kaderpräsenz

einheiten (KPE) der freiwillige Übertritt in das **Berufsmodell mit Verpflichtung zum Auslandseinsatz** ermöglicht werden. Alle Berufssoldaten und Berufssoldatinnen, die nicht vom Optionsrecht Gebrauch machen, sollen weiterhin auf freiwilliger Basis einen Auslandseinsatz absolvieren können. Der Verfassungsgrundsatz, daß Soldaten im Grundwehrdienst und Soldatinnen im Ausbildungsdienst ausschließlich auf der Basis der Freiwilligkeit an Auslandseinsätzen teilnehmen können, sollte aufrechterhalten werden.

Dieser Punkt des Regierungsprogramms von rot-schwarz ist eine nahtlose Fortsetzung der Politik von schwarz-organe (die damaligen "Blauen" waren in Wahrheit "Orangen", wie seither offenkundig).

Schon 1999 wurde mit Regierungsmehrheit im Parlament beschlossen, daß 1. Österreich sich im Rahmen der EU an Kriegen beteiligen darf (nunmehr muß!), weltweit und ohne UNO-Mandat, und daß 2. die Entscheidung darüber Bundeskanzler und Außenminister allein **in den Gremien der EU** treffen.

1. und 2. bilden den Kern des **Artikels 23 f** der österreichi-

schen Bundesverfassung, der 1999 in Vollziehung des EU-Vertrags von Amsterdam der EU (und damit allen ihrer Mitgliedsstaaten) das Recht und den **Auftrag** (!) gibt, **weltweit** "Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung" durchzuführen, das bedeutet im Klartext an allen Kriegen irgendwo in der Welt teilzunehmen.

Wie zu erkennen, ist die "Farbe" der jeweiligen Regierung bzw. der sie bildenden Parlaments-Parteien völlig egal. Das "Sagen" haben andere Kreise, die sich keiner Wahl stellen müssen - von EADS bis Stronach, von Elsner bis Taus bis hin zu den Medienkonzernen, die dafür sorgen, daß die wirklich wichtigen Dinge eben gerade nicht ans Licht der Öffentlichkeit kommen. Preisfrage an die ORF-Millionenshow: Wer finanziert die sündteuren Wahlkämpfe der Parteien wirklich? Wetten, daß dies niemals eine Preisfrage wird?!

Im Zentrum des neuen Regierungsprogramms steht die **völlige Unterordnung unter den Euro-Militarismus** (zitiert aus der Zeitung der "Friedenswerkstatt"). "Österreich wird sich ... aktiv an der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beteiligen.

Ein Schwerpunkt dabei ist die Erreichung des bestehenden EU-Planungsziels - "Headline Goal 2010" - unter besonderer Berücksichtigung der Sicherstellung der raschen Reaktionsfähigkeit der EU" (Regierungsprogramm Seite 16).

"Globale Kriegsfähigkeit". Mit dem "Headline Goal 2010" hat sich die EU und damit auch Österreich die vollständige und globale Kriegsfähigkeit bis zum Jahr 2010 zum Ziel gesetzt. Meilensteine auf diesem Weg sind die Bildung der EU-Schlachtgruppen ("battle groups"), der Ausbau der strategischen Transportkapazitäten auf dem Land, in der Luft und zur See, um die Streitkräfte auch weltweit verlegen zu können, der Ausbau der terrestrischen und weltraumgestützten Informations- und Kommunikationssysteme für die effizientere Aufklärung, Streitkräfte-Koordinierung und "punktgenaue" Waffensteuerung, **um Kriege** - wie zB gegen den Irak - **führen zu können.**

Keine Mutter, kein Vater, kein(e) bewußte(r) Österreicher (in) kann ernsthaft wollen, daß Österreichs Jugend irgendwo in der Welt für Rohstoffinteressen der Großmächte und eine völlig aus den Fugen geratene Verschwendungsweltwirtschaft ihr Leben riskieren soll, nein muß! Mehr darüber in den nächsten "Wegwarten".

Jeder österreichische Staatsbürger hat das Recht, das offizielle Regierungsprogramm der großen Koalition (167 Seiten) kostenfrei anzufordern beim Bundespressesendienst des Bundeskanzleramtes, Tel. 01-53115/2958, Fax: 01-53115/2880, Homepage: www.bka.gv.at

Aber Vorsicht beim Lesen: es handelt sich um die übliche Ansammlung von Propaganda-Formulierungen, bei denen man den wahren Kern nur mit sehr viel Mitdenken "zwischen den Zeilen" erkennen kann ...

Liebe Leser!

Wir bitten diesmal um einen **Sonder-Kostenbeitrag** zur Abdeckung der beträchtlichen Spesen für Organisation und Durchführung der in dieser Ausgabe angekündigten Veranstaltungen und sagen dafür ein herzliches Danke im voraus!

Schweden: 18 Minuten fehlten zum Super-Gau

Laut einem Untersuchungsbericht stand Nordeuropa vergangenen Juli kurz vor einer nuklearen Katastrophe.

Das konnte man im "Kurier" vom 20.11.2006 über einen Bericht der deutschen Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit lesen. Sie hatte den schweren Störfall im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark untersucht. Die **"Gewerkschafter gegen Atomenergie"** in Österreich berichteten darüber bereits im September 2006 wie folgt:

Durch einen Stromausfall im gesamten AKW blieben die Kühlwasserpumpen stehen. Das Notstromaggregat sprang nicht automatisch an. Die Kernschmelze drohte. Nach 30 Minuten wäre die Temperatur so hoch gewesen, daß **niemand** die Katastrophe hätte verhindern können. Durch das rasche Eingreifen eines Technikers, der das Notstromaggregat von sich aus und **gegen die Vorschriften** in Betrieb setzte, konnte der Super-GAU ("größter anzunehmender Unfall") verhindert werden.

Tschernobyl 1986: Kernschmelze, Explosion, rund hunderttausend Tote seitdem und noch unabsehbare Langzeitfolgen. Dieser Super-GAU hätte nach den Prognosen der Atomlobby **nie eintreten** dürfen, er passierte dann aber in Harrisburg (USA, 1979) beinahe und in der Ukraine (1986) doch. So etwas könne es in Europa, im "Westen" nicht geben, hieß es dann vor 20 Jahren, um die gigantische Atomablehnung

wieder zu beruhigen. Forsmark beweist nun erneut das Gegenteil!

Sowohl die schwedische Atomlobby als auch die internationale Atomlobby-Agentur IAEA spielten die Sache herunter. Wäre das aber so, dann hätten die schwedischen Atombetreiber sicher nicht auch die anderen 4 baugleichen AKW in Schweden **stillgelegt**. Und der Skandal: Die Mängel sind der Lieferfirma seit den 1990er Jahren bekannt, doch diese hat niemanden darüber informiert.

Hat dieser Beinahe-Super-GAU vielleicht zu einem **"Umdenken"** geführt? Nein: In Polen will man nach Finnland, das schon ein neues AKW baut, nun auch aus "Gründen des Klimawandels" auf AKW setzen und in Deutschland wollen neun CDU-regierte Bundesländer den "Atomausstieg", der ja in den letzten Jahren sowieso schon verwässert wurde, gänzlich zurücknehmen. Auch der "Aktionsplan" der **G-8-Staaten**, die sich Mitte Juli zu ihrem Gipfel trafen, sieht vor, daß die Kernenergie "als Ausweg aus der Energiekrise" (kennen wir das nicht aus den 1970er Jahren?) ausgebaut werden soll. Allen voran haben sich darauf **USA und Russland** geeinigt.

Bevor die **Atomprofite** schmelzen, nehmen die Atomkonzerne und ihre Regierungshandlanger eine Atom-Kernschmelze und Hunderttausende Kranke und Tote in Kauf. So menschenverachtend ist das derzeitige Wirtschafts- und Politsystem!

ATOMENERGIE: TODSICHER †

**Beherrsche die Energie und du beherrschst die Nationen.
Beherrsche die Nahrung und du beherrschst die Menschen.**

Henry Kissinger

Bei der Gentechnik gibt es keine Kompromisse

von Mag. Klaus Faißner, freier Journalist

Der Genreis-Skandal hat uns deutlich vor Augen geführt: Einmal freigesetzt sind genmanipulierte Pflanzen nicht mehr rückholbar. Bei der Erschaffung neuer Lebewesen spielt der Mensch Gott und geht dabei ein unkontrollierbares Risiko ein, wenn er sie in der Natur ausbringt. Nur ein **totales Anbauverbot** kann unsere Landwirtschaft wirklich gentechnikfrei halten.

Der Genreis der Sorte „Liberty Link 601“ war zwischen 1998 und 2001 auf Versuchsflächen in den USA freigesetzt worden, danach wurde der Anbau gestoppt. Fünf Jahre später fand er sich illegal in jeder fünften **US-Langkornreispackung** wieder, die in der EU untersucht wurde. Alleine die Rewe-Gruppe (Billa, Merkur) vernichtete 100.000 solcher Packungen. Der Schaden für die US-Reiswirtschaft ist unabsehbar und es hatte sich zum wiederholten Male gezeigt: Einmal ausgebracht, stellen genmanipulierte Pflanzen ein unkalkulierbares Risiko dar.

Österreichs Felder sind offiziell noch zu 100 Prozent gentechnikfrei. Um diesen Schatz abzusichern, wäre ein **genereller Gentechnik-Grenzwert von 0,0 Prozent** unvermeidlich. Dieser könnte beispielsweise auch die **heimische „Saatgut-Gentechnik-Verordnung“** aus dem Jahre 2002 stärken, die sich zu einem der erfolgreichsten Regelwerke der vergangenen Jahre entwickelt hat. Sie schreibt fest, daß nur absolut gentechnikfreies **Saatgut** (= 0,0 Prozent) und in Ausnahmefällen Saatgut mit einem Gentechnik-Anteil von unter 0,1 Prozent auf Österreichs Felder kommt. Dafür wurde ein dreifaches, aufwendiges Kontrollsystem installiert, das die in Frage kommenden Pflanzenarten Mais, Raps und Soja in Laboruntersuchungen, Untersuchungen auf Saatgut-Vermehrungsfeldern und im Kontrollanbau unter die Lupe nimmt. So kontrolliert die dafür zuständige Agentur für Ernährungssicherheit (AGES) pro Jahr beispielsweise über eine Mio. Maispflanzen auf den Saatgut-Vermehrungsfeldern. Der Aufwand hat sich gelohnt: Das System kurbelte die Nachfrage nach österreichischem Vermehrungs-Saatgut so weit an, daß sich diese innerhalb von fünf Jahren verdreifachte.

Kein Verlass auf Behörde

Doch die Reinhaltung des Saatgutes kann nicht auf den wirtschaftlichen Aspekt beschränkt werden. So kann heute **niemand** ausschließen, daß genmanipulierte Pflanzen keine gesundheitlichen Langzeitschäden am Menschen oder Schäden an den nachfolgenden Generationen verursachen. **Weltweit existiert kein einziger wissenschaftlicher Langzeit-Tierversuch** zu diesem Thema. Ganz im Gegenteil: Obwohl die EU-Lebensmittelbehörde EFSA dazu verpflichtet wäre, solche Tests bei der Zulassung neuer gentechnisch veränderter Organismen einzufordern, tut sie dies nicht und verstößt damit gegen EU-Recht. Hingegen geben immer mehr wissenschaftliche Kurzzeituntersuchungen und Erfahrungen bei der Verfütterung genmanipulierter Futtermittel an Tiere Grund zu größter Besorgnis.

Vielfältige Krankheitssymptome

Bereits 1998 ging der am Schottischen Rowett Research Institute tätige, weltweit angesehene britisch-ungarische Wissenschaftler Arpad Pusztai mit alarmierenden Untersuchungsergebnissen an die Öffentlichkeit: Nach dem Verzehr genmanipulierter Kartoffeln reagierten bei den untersuchten Ratten die weißen Blutkörperchen langsamer, was die Tiere anfälliger für Infektionen und Krankheiten machte, Thymusdrüse und Milz zeigten Schäden, einige der mit Genkartoffeln gefütterten Tiere hatten kleinere, schlecht entwickelte Gehirne, Lebern und Hoden, andere hatten Gewebeergrößerungen, auch in der Bauchspeicheldrüse und in den Därmen. Außerdem lieferten signifikante strukturelle Veränderungen und eine Wucherung von Zellen in Magen und Darm Hinweise darauf, daß ein höheres Krebsrisiko bestehen könnte. Als „Dank“ für diese Ergebnisse, die sich als korrekt herausstellen sollten, wurde Pusztai gekündigt.

Verbot fällig

Neben den gesundheitlichen Aspekten gibt es eine Reihe von **ethischen Gründen**, die strikt gegen den Anbau von GVO (Genveränderte Organismen) sprechen: Wer gibt Menschen das Recht, die Erbmerkmale von Pflanze, Tier

und Mensch zu vermischen, diese neu geschaffenen **Lebewesen wie technische Erfindungen zu patentieren** und sie dann noch – ohne die Folgen zu kennen – in der Natur freizusetzen? Nur ein Gentechnik-Anbauverbot wie in der Schweiz, in Polen und – seit kurzem – in Südtirol kann unsere traditionelle, gentechnikfreie Landwirtschaft bewahren.

"Bio" in Gefahr

Noch nie war "Bio" so gefragt wie heute. Noch nie stand "Bio" so im Schußfeld der Medien – was angesichts der drohenden Schwächung der industriellen Landwirtschaft nicht verwunderlich wäre. Doch nun macht sich die EU daran, die biologische Landwirtschaft zu unterwandern und mit der offiziellen Zulassung von Gentechnik-Verschmutzung zu zerstören. Bio-Verbände spielen dabei eine zweifelhafte Rolle.

Weihnachten 2005 war für viele Freunde, Vertreter und Aktive der biologischen Landwirtschaft wohl kein reines Fest der Freude: Am 21. Dezember des Vorjahres hatte die **EU-Kommission** einen Entwurf zur Novelle der EU-Bio-Verordnung vorgelegt. Niemanden hatte Sie zuvor in die Karten schauen lassen, Bauern, Bio-Verbände und der Handel erhielten keine konkreten Informationen. Mit Schaudern denken manche Bio-Funktionäre an "Informelle Gespräche mit provokanten Thesen" mit Vertretern der EU-Kommission zurück, die zwischen Tür und Angel stattfanden. "Uns wurde gesagt, daß wir Verbände aufgrund unserer strengeren Vorschriften Handelshemmnisse wären", erklärt Thomas Dosch, Präsident des größten deutschen Bio-Verbandes Bioland.

Was zuerst als "Scherz" gehalten wurde, stellte sich letztlich als bittere Realität heraus: Eine **Gentechnik-Verunreinigung durch Pollenflug von bis zu 0,9 Prozent sollte erlaubt werden** und die Kommission wollte keine strengeren Qualitätsbestimmungen für Bioprodukte zulassen, als in der EU-Verordnung vorgesehen. Gerade für österreichische oder deutsche Bioware würde dies zu einer deutlichen Abwertung führen. Außerdem sollten Nicht-Bio-Produkte als ökologisch dargestellt

werden dürfen, was bisher verboten war. Ein Produkt namens "Öko-Kracher", in dem kein einziger Bio-Bestandteil enthalten ist, wäre demnach beispielsweise möglich, erläutert Dosch.

Durchpeltchen trotz Kompromißpapiers?

Die EU-Kommission schaffte wie so oft Tatsachen, denen die Betroffenen nachlaufen müssen. Aufgestachelt durch die Bioverbände hat die schwarz-rote deutsche Bundesregierung am schärfsten gegen das Gesetzesvorhaben protestiert und führt damit die Kritiker an. Im November legten Deutschland und Frankreich einen Vorschlag auf den Tisch, der für die Bio-Verbände grundsätzlich akzeptabel gewesen sei, meint Dosch. Prompt wurde auch der Passus, daß Verbände keine strengeren Qualitätsbestimmungen haben dürfen, gestrichen - vor allem aber deshalb, um die Regelung (unter Umständen sogar ohne Zustimmung des EU-Parlaments) eventuell sogar durch den Ministerrat am 18. Dezember 2006 zu peitschen. Doch in einem Punkt kam es noch dicker: Wenn ein Hersteller beispielsweise in einer konventionell hergestellten Süßigkeit ein paar Tropfen Biomilch verwendet, soll er auf der Verpackung dies in der Form von "enthält Bio-Milch" kennzeichnen dürfen. "Es besteht die Gefahr, daß der Begriff "bio" inflationär gebraucht wird", befürchtet der Bioland-Präsident.

Bio-Verbände für Grenzwert von 0,9 %

So sehr sich in erster Linie Dosch, aber auch Vertreter anderer europäischer Verbände gegen die Aufweichung der Standards stark machten, so sehr schwiegen sie zunächst zum Vorhaben, für Bio-Produkte denselben Grenzwert wie für konventionelle Produkte offiziell festzulegen - 0,9 Prozent für eine "technisch nicht vermeidbare" Kontamination, beispielsweise über Pollenflug. Jetzt sprachen sich deutsche und österreichische Vertreter jedoch dafür aus. Dies sei ein Schutz für den Bio-Bauern, daß seine Produkte im Falle einer geringen Kontamination von außen nicht zurückgerufen werden, so Dosch. "Wir fordern Null als Grenzwert für alle gentechnikfreien Betriebe, aber wollen keine Diskriminierung für konventionelle Landwirte." Damit befinden sich die meisten Bio-Verbände und auch

politischen Vertreter - was den Grenzwert betrifft - auf einer Linie mit EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel. Doch worauf soll sich der Konsument verlassen, wenn er nicht mehr sicher gehen kann, daß Bio-Ware zu 100 % gentechnikfrei ist - auch was ungewollte Kontamination betrifft? Noch ist es nicht zu spät, aber die Bio-Verbände scheinen in dieser Frage zu versagen. So hängt es an jedem Einzelnen, mit massiven Protesten gegen den **drohenden Untergang der biologischen Landwirtschaft** anzukämpfen.

Was kommt als Nächstes?

Gegen den Willen der Bevölkerung will die EU-Kommission den Ländern die Gentechnik überstülpen. Höhepunkt könnte dabei die Biotechnologie-Strategie werden, die im **März oder April 2007** präsentiert wird.

EU-Erfüllungsgehilfen: Neue Regierung gefährdet Gentechnikfreiheit

"Gentechnikfreiheit weiter absichern", titelten SPÖ und ÖVP einen kleinen Absatz im Regierungsprogramm. Der Text darunter lässt aber das Gegenteil befürchten: Die Bundesregierung tritt nämlich auch für "funktionierende Koexistenzregelungen auf europäischer Ebene ein". Damit wollen die Großparteien **ein bißchen schwanger** sein, was aber bekanntlich nicht möglich ist. Wer die Gentechnikfreiheit absichern will, kann nicht gleichzeitig für **Koexistenz** (dem Nebeneinander von biologischer, konventioneller und Gentechnik-Landwirtschaft) eintreten - denn ein solches Nebeneinander gibt es nicht, es dient nur der großflächigen Gentechnik-Verschmutzung. Wenn die Gentechnik auf die Äcker kommt, ist es mit der Wahlfreiheit schnell vorbei. Das einzige was hilft, ist ein Gentechnik-Anbauverbot. ■

Der gesamte Gentechnik-Artikel von Klaus Faißner wurde den Mitteilungen der **"ARGE Schöpfungsverantwortung"** entnommen. Anschrift des Autors: 1130 Wien, Rohrbacherstr. 10/5, Tel. (01)990 77 38, E-Mail: k.faissner@web.de

Für weiterführende Informationen über bereits eingetretene, verheerende Folgen der Gentechnik in aller Welt empfehlen wir das sehr praxisnahe **Buch "Gefahr Gentechnik - Irrweg und Ausweg"**

der "Plattform PRO-LEBEN", 2005 im Concord-Verlag erschienen. Das hochinteressante Buch ist im normalen Buchhandel nicht mehr erhältlich; Sie können aber bei einem der Autoren, Volker Helldorff in Unterkärnten, noch Restexemplare zum ermäßigten Preis von 19,80 Euro/272,50 ÖS beziehen: Telefon und Fax 04232/27430, E-mail: volker@helldorff.biz

AKTION:

Fordern Sie von Politikern und anderen Verantwortlichen ein **generelles Gentechnik-Verbotsgesetz für Österreich** - auch wenn wir uns damit gegen die EU-Kommission stellen. Kaufen Sie bei den "gefährdeten Produkten" Soja, Mais und Raps Produkte aus Österreich und verlangen Sie bei den Verbänden die Einhaltung strengster Grenzwerte: 0,1 % Verunreinigung durch Gentechnik anstatt 0,9 %.

Für Katholiken: Die Diözese Wien ermöglicht es allen Wiener Katholiken, bis zu 50 % ihres **Kirchenbeitrags** mit einer **Zweckwidmung** zu versehen. Wiener Katholiken haben also die Möglichkeit, diese 50 % Jahr für Jahr der **ARGE SCHÖPFUNGSVERANTWORTUNG** zu widmen, deren verdienstvolle Leiterin **Dr. Isolda Schönstein** seit vielen Jahren in vorbildlicher Weise für Ökologie und Ethik in Wort und Tat eintritt. Entsprechende Formulare für die Zweckwidmung des Kirchenbeitrags können angefordert werden bei der Finanzkammer der Erzdiözese, Tel. (01) 515 52 oder bei der "ARGE Schöpfungsverantwortung" direkt: 1130 Wien, St. Veit-Gasse 25 (Don Bosco Haus), Tel. 878 39 539, Homepage: www.argeschoepfung.at

Katholiken in den anderen Bundesländern könnten in ihren Diözesen darauf hinwirken, daß eine solche Zweckwidmung der Kirchenbeiträge auch außerhalb Wiens möglich wird!

Die ARGE Schöpfungsverantwortung war maßgeblich beteiligt an der Durchführung des Anti-Gentechnik-Volksbegehrens in Österreich, das 1997 von der Rekordzahl von rund 1,3 Millionen Österreichern und Österreicherinnen unterzeichnet wurde. Auch die **INITIATIVE HEIMAT & UMWELT (IHU)** hat damals eine große Unterstützungskampagne für dieses Volksbegehren auf eigene Kosten durchgeführt.

STELLUNGNAHME des partei-unabhängigen BAUERNVERBANDES
UBV (nicht zu verwechseln mit dem ÖVP-Bauernbund):

Der große Schwindel: EU: "Gentechnikfrei" erst ab 0,9 % ?!

Die EU-Landwirtschaftsminister haben sich am 20. Dezember 2006 darauf geeinigt, für die Gentechnikfreiheit im biologischen Landbau EU-weit einheitliche Regeln einzuführen.

Damit wird die Gentechnikregelung für Bio-Produkte im österreichischen Lebensmittelkodex hinfällig. Dort ist derzeit ein Grenzwert an der Nachweisgrenze (0,1 %) festgeschrieben. Ab 1. Jänner 2009 gilt EU-weit für die "zufällige und technisch nicht vermeidbare" Genverschmutzung ein Grenzwert von 0,9 %.

Damit können Lebens- und Futtermittel mit einem Gentechnikanteil von unter 0,9 % EU-weit als Ökoerzeugnisse verkauft werden!

Gleichzeitig können Biobauern erst ab diesem Schwellenwert die Anwesenheit von gentechnisch veränderten Organismen in zugekauften Futter- und Lebensmitteln erkennen.

EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel ist der Meinung, die Festlegung niedrigerer Schwellenwerte für Öko-Erzeugnisse würde bei den Biobauern "immense Kosten" verursachen. **In Wirklichkeit nützt diese Regelung aber nur den Gentechnik-Konzernen!**

Georg Sams, Biobauer, Vorstandsmitglied des UBV, Kontaktadresse: 5202 Neumarkt am Wallersee/Salzburg, Pfongau 44, Tel. 06216/4409

Aktionswoche (Info-Stände) FÜR DEN AUSTRIIT AUS DER EU in Vorarlberg jeweils von 10 - 17 Uhr

Die "Initiative Heimat & Umwelt" war bereits beim Volksbegehren für die Neuausragung der EU-Volksabstimmung ("Soll der EU-Beitritt außer Kraft gesetzt werden?") im Dezember 2000 die treibende Kraft der Überparteilichen AKTION EU-AUSTRIIT. Schon damals unterzeichneten 194.000 Österreicher dieses Anliegen mit offener Unterschrift vor den Behörden. Inzwischen haben wir weitere **über 25.000** Unterschriften bei Info-Ständen in acht Bundesländern erhalten. Nun hoffen wir, daß auch in Vorarlberg viele Bürger bereit sein werden, auch persönlich für die Wiedergewinnung der Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs einzutreten. Besonders freuen würden wir uns über **örtliche Helfer** bei der Infostand-Arbeit! Bitte einfach hinkommen, beim Flugblatt-Verteilen mitwirken und mit Passanten über das Anliegen diskutieren.

BLUDENZ

Mittwoch, 18. April
Fußgängerzone Werdenbergerstraße beim Nepomuk-Brunnen

FELDKIRCH

Donnerstag, 19. April
Fußgängerzone Marktgasse, Nähe Johanniterkirche/Postamt

DORNBIRN

Freitag, 20. April
Fußgängerzone Marktplatz, vor der Martinskirche

BREGENZ

Montag, 23. April
Fußgängerzone/Kaiserstraße, Einmündung Bahnhofstraße

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 18 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmeninserate.

Vor den Vorhang: 25 Jahre "Harmonia Classica"

Es gibt in unserem schönen Land viele sehr wertvolle Menschen, auf deren Leistungen für die Allgemeinheit wir stolz sein können. Es ist uns eine Freude, heute der Künstlervereinigung "Harmonia Classica" zum 25-jährigen Jubiläum ihres Bestehens zu gratulieren!

Dieser Verein für harmonische Musik veranstaltet seit 1982 Konzerte mit **schöner** neuer Musik im Musikverein, Konzerthaus und verschiedenen Palais von Wien. Bei diesen Konzerten sind auch bekannte Künstler wie Angelika Kirchschrager, das JESS Trio, Igo Koch, Norman Shetler, Mitglieder der Wiener Philharmoniker, die Brünner Philharmonie u.v.a. aufgetreten.

Die "Harmonia Classica" bietet zeitgenössischen Komponisten, die aus der Tradition der klassischen Musik heraus einen eigenen **harmonisch-melodischen Musikstil** entwickelt haben, Aufführungsmöglichkeiten. Neben 109 Konzerten wurden auch bereits 24 CDs in der Harmonia Classica Records Edition produziert und vier Kompositionswettbewerbe veranstaltet. In den 109 selbst veranstalteten Konzerten wurden rund 700 Werke von 140 Komponisten und 135 Textdichtern von 470 Interpreten, Solisten, Chören und Orchestern meistens als Uraufführungen zum Erklären gebracht.

Schönheit ist der gemeinsame Nenner, der die Wahl der Musikstücke bestimmt, die von der "Harmonia Classica" gefördert und aufgeführt werden. **"Das SCHÖNE ist eine Manifestation geheimer NATURGESETZE**, die uns ohne dessen Erscheinung ewig wären verborgen geblieben" (Goethe), worauf zu verzichten eine Verarmung der Musikkultur bedeuten würde.

Viele der von "Harmonia Classica" geförderten Künstler offenbaren in ihren Werken auch einen starken **Bezug zur NATUR** und knüpfen damit an die Tradition der Romantik an. Die unvergleichlichen Schönheiten der Natur in Töne zu fassen erhebt die Menschen von heute wie zu allen Zeiten anstatt sie immer

tiefer in hoffnungslose Abgründe hinunter zu ziehen wie die Perverritäten und Brutalitäten jener "Kunst", die von den herrschenden Kräften als "modern" bezeichnet und mit Steuergeldern hoch subventioniert wird. Diese wird immer banaler und primitiver und muß als Mitverursacher der steigenden **Gewaltbereitschaft** in der Gesellschaft insgesamt verstanden werden.

Harmonie als musikalische Ausdrucksform über Jahrhunderte hinweg kann wohl auch als künstlerische Entsprechung der **Sehnsucht nach Frieden** aufgefaßt werden, die allen bewußten Menschen innewohnt.

Deshalb widmet sich die "Harmonia Classica" natürlich auch **zeitkritischen** Werken und den Problemen von heute. So ist Alexander Blechinger unseres Wissens nach der einzige Komponist, der die **atomare Bedrohung** der Menschheit in den Mittelpunkt der Handlung einer Oper gestellt hat. Einen Akt daraus mit großem Orchester, Chor und Solisten konnte man beim 100. Konzert der "Harmonia Classica" im Festsaal der Wiener Börse vor drei Jahren persönlich miterleben: die Wirkung war grandios!

Auch das furchtbare Schicksal der Vertreibung von Millionen Volksdeutschen aus ihren jahrhun-



Die langjährigen "Seelen" der "Harmonia Classica", Alexander Blechinger als künstlerischer Leiter, Komponist, Sänger und Mentor zahlloser Jung-Musiker, und seine Frau Mag. Eva-Maria Blechinger für Organisation und Verwaltung sowie Managerin des vierköpfigen Familienhaushalts, in dem auch oft Hauskonzerte wie zu Schubert's Zeiten stattfinden.

dertelangen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa wurde von Alexander Blechinger mehrfach vertont, u.a. in Form der erschütternden **"Heimatvertriebenen-Passion"** o.p. 170, die am 18.11.2001 im Wiener Musikvereins-Saal uraufgeführt wurde. Das gesamte Konzert ist auf CD Nr. 15 der "Harmonia Classica Edition" als Live-Mitschnitt unter dem Titel "Die Vertriebenen" erhältlich.

Der Verein gibt auch einmal im Vierteljahr die **"Zeitung für harmonische Musik"** mit allen Konzertterminen heraus; Jahres Abonnement-Gebühr 7,30 Euro/100,45 ÖS. **Kontaktadresse:** Mag. Eva-Maria Blechinger, 1130 Wien, Hirschfeldweg 5, Tel. (01) 804 61 68, Fax: 802 01 13, e-mail: harmoniaclassica@surfeu.at, Internet: www.harmoniaclassica.at

Jubiläums-Festkonzerte

am 24., 25. und 27 April 2007

in Wien im Bösendorfer-Saal

4. Bezirk, Graf Starhemberg-G. 14

Beginn jeweils 19.30 Uhr

Eintritt frei / Spende erbeten / Buffet / Bestellung von Zählkarten unter Tel. (01) 804 61 68.

Zahlreiche, der "Harmonia Classica" verbundene Komponisten, Textdichter, Sänger, Instrumentalsolisten und Ensembles werden einen bunten Reigen von ernstesten bis heiteren, dramatischen bis lyrischen, aufwühlenden bis träumerischen Werken zeitgenössischer, aber eben schöner wohlklingender Musik darbieten.

INITIATIVE

Heimat & Umwelt

IHU

Einladung: Großer Internationaler Kongreß in der Schweiz "Für ein anderes Europa"

am Samstag, **24. März 2007**, von 14 bis 18 Uhr
in **WIL, Kanton St. Gallen**

(nur ein bis eineinhalb Stunden zur österr. Grenze)

"**Saal zum Turm**", Tonhallestr. 23
(5 Minuten vom Bahnhof)

EINTRITT FREI

Vertreter von EU-kritischen Organisationen aus **zehn** Staaten Europas (Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Irland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Slowakei) berichten über die Formen und Gründe des **EU-Widerstands** in **ihren** Ländern und die Konzepte für ein anderes, zukunftsfähiges Europa. Das Ziel sind **unabhängige, souveräne Staaten**, die zum Wohlergehen ihrer **Völker und Bürger** zusammenarbeiten anstatt wie heute von Befehlszentralen in Brüssel, Straßburg, Frankfurt usw. mittels Kommissaren, "Räten" und Gerichtshöfen auf eine Weise herunkommandiert und bevormundet zu werden, die offensichtlich vor allem im Interesse des **weltweiten Großkapitals** (=Globalisierung) ist.

Der jährliche Kongreß der EU-Gegner Europas findet immer in einem anderen Staat statt, diesmal eben in der Schweiz, also um vieles näher bei Österreich als fast alle anderen Staaten. Veranstalter ist die europaweite Organisation "**TEAM**"; diese Abkürzung steht für "The European Alliance of EU-critical Movements" (Europäische Allianz EU-kritischer Bewegungen), deren derzeitiger Präsident der Däne Jesper Morville ist. Näheres zu dieser Organisation kann über die Internet-Adresse <http://www.teameurope.info> in Erfahrung gebracht werden.

Es ist bemerkenswert, daß in den EU-freien Staaten Schweiz und Norwegen vor allem **JUGENDORGANISATIONEN** im EU-Widerstand führend sind. Dem entsprechend wird der Kongreß in Wil auch von der Schweizer Aktionsgemeinschaft "**YOUNG 4 (FOR) FUN**" organisiert, wobei "FUN" für FREIHEIT/UNABHÄNGIGKEIT/NEUTRALITÄT steht.

Mit besonderem Interesse darf man den Schweizer Referenten entgegensehen, die zu folgenden Themen sprechen werden:

"**Brüssels Bürokratie-Moloch zerstört Europas Wirtschaftskraft**" / Dr. Ulrich Schlüer, Nationalrat, Chefredakteur "Schweizerzeit".

"Die Bedeutung der **EFTA** für die Schweiz" / Botschafter und Handelsdelegierter Dr. Luzius Wasescha.

"Die Arbeit der Schweiz in der **OSZE**" (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) / Dr. Thomas Schmidt vom Generalstab für internationale Beziehungen, Bern.

Das gesamte Programm können Sie gerne bei uns anfordern.

Anreise: Die Stadt WIL liegt etwa auf halbem Weg zwischen St. Gallen und Winterthur und ist mit der **Bahn** von Feldkirch/Buchs aus in etwa 1,5 Stunden zu erreichen; mit dem Fernzug über Zürich oder mit dem Schnellzug über St. Gallen. **Autobahnausfahrt** "Wil SG" und in die Innenstadt zum Viehmarktplatz. Auf der anderen Straßenseite des Gebäudes "Zum Turm" befindet sich ein großer Parkplatz (Parkhaus Viehmarktplatz). Der Veranstaltungsort befindet sich zwischen der Tonhalle und dem Feuerwehrdepot; er ist groß mit "Im Turm" angeschrieben.

Übernachtungsmöglichkeiten: Entweder kostenlos, aber spartanisch direkt im "Turm" (ehemalige Militärunterkunft) in großen Schlafsälen mit Betten (Duschen vorhanden), Schlafsack mitbringen! Oder in unmittelbar neben dem Saal "im Turm" liegenden, günstigen Gasthöfen, zB im Hotel "Zum wilden Mann", Tel. 0041/71 911-1033, Einzel mit Frühstück/Etagendusche pro Nacht 52,- Schweizer Franken, oder im Hotel "Ochsen", Tel. 0041/71911-4848, Einzel mit Frühstück/Etagendusche pro Nacht 55,- Schweizer Franken. Tel.nr. Tourismusbüro der Stadt Wil: 0041/71913-7000.

Für alle, die schon am **Freitag** anreisen können, gibt es um 18 Uhr die Möglichkeit, mit den Organisatoren (Kantonsrat Lukas Reimann von "Young 4 Fun") und anderen Teilnehmern aus ganz Europa "im Turm" zusammenzutreffen, mit diesen persönliche Gespräche am Vorabend des offiziellen Teils zu führen und private Kontakte zu knüpfen.

WEGWARTER

Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
17. Jahrgang, Folge 1, März 2007
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer